
08.01.2005 - Spectrum / Zeichen der Zeit

Ja ja, der Standort!

Von Christian Felber

Er bringt uns alles Gute, der Gott der Wettbewerbsfähigkeit: Betriebsansiedlungen, Wachstum, Arbeitsplätze, Wohlstand. Wird behauptet. Das sollten wir uns einmal genauer ansehen.

S echzig Wochenstunden hackeln, und das das halbe Jahr. Die jüngste Forderung von Markus Beyrer, seines Zeichens Generalsekretär der Industriellenvereinigung, lässt an Unbescheidenheit nichts zu wünschen übrig. In Deutschland pocht der Wirtschaftsweise Hans-Werner Sinn auf die Absenkung der Niedriglöhne um 30 Prozent. Der Währungsfonds bekrittelt regelmäßig das leistungsfähige Pensions- und Gesundheitssystem in Österreich, erkennt in ihnen nur Bremsklötze am Bein des idealschlanken Staates. Der neue EU-Industriekommissar Günter Verheugen sieht sein Hauptwerk darin, Regulierungen zu beseitigen, egal ob es sich dabei um Umwelt-, Gesundheits- oder Konsumentenschutzgesetze handelt . . .

Weit sind wir gekommen. Die Standort- und Wettbewerbsfähigkeitsdebatte hat es möglich gemacht, dass wir demokratische Errungenschaften der vergangenen 150 Jahre nicht nur nicht weiter aufbauen, sondern radikal abbauen. Kein Mensch in Österreich will 60 Stunden arbeiten, niemand will eine Lohnkürzung um 30 Prozent, niemand will weniger Umweltschutz, Konsumentensicherheit oder Lebensqualität, dennoch nimmt der Dampfer Kurs auf diese "Ziele".

Die immer gleiche Begründung: Es ist zwar schmerzhaft, aber wir müssen das tun, um den Standort zu sichern. Der Standort scheint manchmal nur aus Achillesfersen zu bestehen: Höhere Löhne, gerechte Steuern auf Kapitalerträge, Umweltschutz, soziale Sicherheit, Ladenschluss am Sonntag - all das geht nicht. Es wird zwar vom Volk gewünscht, aber in Zeiten des globalen Wettbewerbs kann auf die Wünsche des Volkes leider keine Rücksicht genommen werden. Wie nennt sich das? Ende der Demokratie.

Der Standortwettbewerb ist ein klassisches Gefangenendilemma: Erhöht Land A die Steuern auf Gewinne, läuft es Gefahr, von Land B unterboten zu werden, das die Steuern senkt und Unternehmen abwirbt. Zwar wandern nicht alle Unternehmen tatsächlich ab, auch sind Steuern beileibe nicht der einzige Standortfaktor, aber drohen können alle damit, und wenn nur ausreichend viele ins Abwanderungshorn blasen, dann wird der Ruf auch gehört und Gewerkschaften und Regierungen knicken ein. Die Globalisierung ist die perfekte Drohkulisse, um Löhne, soziale Sicherheit, Umweltqualität und Steuergerechtigkeit in aller Öffentlichkeit zu schlachten.

Der Trick ist nicht neu: Früher malten die Höllenprediger so lange den Teufel an die Wand, bis ihre Zuhörer angsterfüllt zitterten und knieweich alles mit sich machen ließen. Man nahm ihnen den eigenen Willen. Heute nimmt man den Menschen mit Verweis auf den Standortwettbewerb Löhne, soziale Sicherheit, Lebensqualität und Demokratie. Warum wird der Gott der Wettbewerbsfähigkeit nicht in Frage gestellt? Weil er angeblich alles Gute bringt: Betriebsansiedlungen, Wachstum, Arbeitsplätze, Wohlstand. Wird behauptet. Das wollen wir uns ausführlicher ansehen, denn wenn wir schon das letzte Hemd hergeben, dann nur, wenn wir dafür ein schöneres Gewand bekommen, oder?

Beginnen wir beim Wachstum: In den vergangenen 20 Jahren, nennen wir sie die Phase des zunehmenden Standortwettbewerbs, lag das reale Wirtschaftswachstum in Österreich

deutlich niedriger als in den 20 Jahren davor, als Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung noch im Fremdwörterlexikon nachgeschlagen werden mussten. In Zahlen: Während die Wirtschaft 1960 bis 1980 im Schnitt um 4,4 Prozent real wuchs, waren es 1980 bis 2000 bloß 2,4 Prozent. Seit dem EU-Beitritt sind es nur noch 2,1 Prozent.

Nicht nur insgesamt hat sich die Wachstumsdynamik verlangsamt, auch die Verteilung ist seit Ende der Siebzigerjahre radikal ungerechter geworden. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen hat sturzartig abgenommen, von 73 auf 58 Prozent, während die Gewinn-, Kapital- und Selbstständigeneinkommen von 27 auf 42 Prozent explodiert sind. Die Bruttoeinkommen der schwächsten fünf Prozent sind seit dem EU-Beitritt gar um fünf Prozent gesunken. Wer glaubt, dass diese Entwicklung mit steigenden Sozialleistungen ausgeglichen wird, irrt. Die Sozialquote, also der Anteil sämtlicher Sozialleistungen an der Wirtschaftsleistung, ist seit 1996 von knapp 30 Prozent auf 28,5 Prozent gesunken. Trotz steigender Armuts- und Arbeitslosenzahlen. Ein Fett ansetzender Sozialstaat? Nein. Mehr Bedürftige? Ja.

Im Umweltschutz wird das Königsinstrument, die ökologische Steuerreform, seit 20 Jahren mit dem Argument verschoben, dass Österreich hier keinen Alleingang antreten könne. Generell heißt es in der Umweltpolitik: Stagnation bis Roll-back. Nur ein Beispiel: Die Kennzeichnungspflicht für Tropenholz musste im Namen des Freihandels gleich wieder aufgehoben werden.

Stabile Beziehungen bringt der Standortwettbewerb ebenfalls keine. Betriebe kommen und gehen wie Urlaubsgäste. Magna und General Motors kommen, Semperit, Emco, Carrera und Philips gehen oder schließen. Das erste, was der Voest-Chef nach der Totalprivatisierung tat: mit Abwanderung drohen ("Die Voest ist nicht mit Linz verheiratet") - für den Fall, dass seine Firma keine Sonderbehandlung beim Klimaschutz bekäme. Wirtschaftsminister Bartenstein wollte gleich das Kioto-Ziel der EU zu Fall bringen, nach vertrautem Muster: "Klimaschutz funktioniert global oder gar nicht."

Der Knüller in der globalen Standortkonkurrenz ist der Steuerwettbewerb. Die Steuern auf Gewinne, Kapitalerträge, Vermögen und Spitzensteuersätze purzeln weltweit um die Wette. Trugen Vermögenssteuern in Österreich 1970 noch knapp vier Prozent zur Staatsfinanzierung bei, so sind es heute nur noch 1,3 Prozent - obwohl die Vermögen exponentiell gewachsen sind. Ähnlich schaut es bei Gewinnen, Kapitalerträgen und den Spitzensätzen der Einkommensteuer aus. Österreich ist hier keineswegs Opfer des Standortwettbewerbs, sondern Vorreiter: Eine Angleichung der Vermögens- und Gewinnbesteuerung auf das EU-Durchschnittsniveau würde sieben Milliarden Euro mehr in die Staatskassen spülen und das Budgetdefizit in einen saftigen Überschuss drehen. Genau diese Maßnahme wird aber seit zehn Jahren mit dem Argument der drohenden Kapitalflucht und des Verlustes an Standortattraktivität vereitelt. Das Ergebnis sind soziale Einschnitte, schließende Postämter und Nebenbahnen, Selbstbehalte und Studiengebühren - und eine ständig steigende Steuerlast auf dem nicht fluchtfähigen Faktor Arbeit.

Am wuchtigsten trifft der Wettbewerb den Arbeitsmarkt. Ellbogenkonkurrenz und Beschleunigung machen krank: nicht mehr durch 50-Kilo-Zementsäcke, dafür durch Stress, Burnout und Mobbing. Hinzu kommen Zukunftsängste, weil sich niemand mehr des Arbeitsplatzes oder der Pension sicher sein kann. Und das, obwohl der volkswirtschaftliche Pro-Kopf-Reichtum jährlich größer wird. Bloß kriegen immer mehr Menschen immer weniger davon. Auch diese Widersprüche - Wirtschaftswachstum und Sparappelle, Lohnzurückhaltungsaufforderungen und Rekordgewinne - überfordern den kognitiven Apparat und schwächen das soziale Immunsystem. Die mit Abstand am raschesten wachsende Medikamentengruppe sind Psychopharmaka. Allein die oberösterreichische Gebietskrankenkasse muss jährlich mehr als 20 Millionen Euro dafür aufwenden.

Fazit: Der Wettbewerb bringt an breiter Front Verschlechterungen. Am auffälligsten ist aber, dass er sich zunehmend dorthin verlagert, wo er nicht stattfinden soll: bei den

politischen Rahmenbedingungen Soziales, Umwelt, Löhne, Steuern und in der Arbeitswelt. Hingegen schläft er dort, wo er eigentlich wirken sollte, zusehends ein: zwischen Unternehmen - die Oligopol- und Monopolbildung kennzeichnet den österreichischen Handel gleichermaßen wie die globale Software-Entwicklung.

Über funktionierenden Wettbewerb zwischen Unternehmen kann und sollte man diskutieren. Der Standortwettbewerb hingegen gehört schleunigst beendet. Die Konkurrenz zwischen Staaten (und Gemeinden) treibt mittelfristig alle in den Abgrund. Kooperation statt Konkurrenz ist angesagt. Wenn sich alle Standorte zusammenschließen, können sie gemeinsam hohe Umwelt-, Sozial-, Lohn-, Steuer- und Menschenrechtsstandards aufbauen. Dann ginge es allen besser. Und die westlichen Demokratien könnten sich wieder in den Spiegel schauen.

Der logische Kristallisationskern für ein internationales "Standortkartell" wäre die EU. Vom "gemeinsamen europäischen Haus" kann erst gesprochen werden, wenn die Nachbarstaaten ernsthaft kooperieren und sich zu einer Sozial-, Steuer-, Umwelt-, Friedens- und Konsumentenschutzunion aufrufen. Derzeit leben wir in einer europäischen Arena, wo eine Krähe der anderen das Auge aushackt. Österreich wirbt Unternehmen aus Bayern ab, die Slowakei bootet Österreich aus und so weiter. Bei dieser Gruppendynamik bleiben langfristig alle auf der Strecke.

Selbst wenn wir den globalen Wettbewerb gewännen, dann doch nur um den Preis, dass andere ihn verlieren. Wollen wir aber wirklich, dass Österreich und die EU ihren Wohlstand auf Kosten anderer Länder oder Kontinente sichern? Wohl kaum. Der - kriegsähnliche - Wettbewerb an sich muss in Frage gestellt werden. Seit die "Globalisierung" in Form liberalisierter Waren- und Kapitalströme ab Ende der Siebzigerjahre einen neuen Boom erlebt, ist das Wachstum der Weltwirtschaft deutlich zurückgegangen, einige Weltregionen stecken in der Dauerrezession. Das Märchen vom globalen Wettbewerb, von dem alle profitieren und insbesondere die Ärmsten, hält einer Überprüfung durch Fakten nicht stand. Da nützt es auch nicht, jene 7,7 Millionen Menschen überproportional ins Rampenlicht zu rücken, die ein Geldvermögen von mehr als einer Million US-Dollar angehäuft haben. Ihre saturierte Cover-Präsenz ist eine Verhöhnung der Milliarden Verlierer des weltweiten Wettbewerbs. Wie sagte Lao Tse? "Vor allem, konkurriert nicht." [*]

© diepresse.com | Wien